

APO-
THEKE

No 2

♥

INHABER:

DEMOKRATISCHES ZENTRUM

BERGEDORF

Preis 20 Pfennig

A P O theke

Mitteilungsblatt der außerparlamentarischen Opposition
Bergedorf

Erscheint in zwangloser Reihenfolge

Verantwortlich für den Inhalt: Bodo Levin

Vertrieb: Peter Thormählen

Druck: Litondruck

Anschrift: 205 Hamburg 80, Kirchwerder Landweg 2

Die Gruppe trifft sich jeden Montag, um 19.30 Uhr
im DEMOKRATISCHEN ZENTRUM, Kirchwerder Landweg 2.

Busverbindungen vom Bergedorfer Bahnhof:

123/223	17.37 Uhr	Mo - Fr.
124/224/324	17.57 "	"
227	18.17 "	"
123/223/124/224	18.47 "	"
227	18.57 "	"

1
Ein halbes Jahr haben sich die Herrschenden beherrscht.
Dann haben sie reagiert.
Sie halten sich stets an ihre Spielregeln.
Sie hatten keine Argumente.
Sie können sich mit uns nicht politisch auseinandersetzen. Sie haben sich darauf besonnen, was sie haben.
Sie haben die Macht.

Sie haben miteinander telefoniert.
Die politische Polizei mit der Partei, die Partei mit der Polizei, die Partei und die Polizei mit der staatlichen Wohnungsbaugesellschaft "Freie Stadt".
Der Vorstand mit den Senatoren.
Der Vorstand mit den Untergebenen.

Wir nehmen ihnen die Räume weg.
Wir kündigen fristgerecht.
Wir geben keine Begründung an.
So schnell bekommt die APO keine Räume wieder.
Dann geben die auf.

Es gabe Gründe zur Resignation:

Zwei Monate haben wir Räume gesucht, in denen wir diskutieren können, in denen wir feiern können, in denen wir arbeiten können, in denen wir Demonstrationen vorbereiten können.

Zwei Monate haben wir die Räume renoviert.
Wir haben gemalt, wir haben eine Bar gemauert, wir haben einen Lichtanschluß gelegt, einen Zähler legen lassen, wir haben die Decke heruntergezogen, wir haben Öfen installiert, wir haben alle Möbel besorgt, aus eigenen Beständen, aus Spenden, vom Sperrgut.

Wir hatten finanzielle Sorgen. Wir haben um Spenden gebettelt, selbst gespendet.

Wir sind tatsächlich sauer.

Wir hatten immer Schwierigkeiten. Alle haben sich über uns erkundigt, die politische Polizei, die Partei, die Wohnungsbaugesellschaft. Die Gewerkschaft hat uns unterstützt. So bekamen wir die Räume.

Wir haben angefangen zu arbeiten.
Wir diskutierten, hielten Seminare, druckten Flugblätter.

Es kamen immer mehr Jugendliche, zuweilen auch ältere.

Dann kamen die ersten Aktionen.
Rainer Maria Barzel wurde in Schwarzenbek angekündigt.
Wir haben uns selbst eingeladen.

Wir haben uns über Barzel informiert, seine Schriften gelesen. Man ließ uns nicht durch die Tür, wir gingen durchs Fenster. Wir gingen auf das Podium, diesmal nur zwei.

Wir stellten Fragen, harte Fragen.

Das genügte, die Veranstaltung wurde geschlossen.
Die Presse berichtete wohlwollend über uns, noch.
Sie berichtete auch über schlagende CDU - Ordner.

Man kam Schmidt - Noske ins Lichtwarkhaus.
Auch wir kamen, wir waren sehr zahlreich.
Von sieben Diskussionsrednern, waren sechs von uns.
Schmidt - Noske verhielt sich taktisch klug.

Die Basis wuchs, die Arbeit ging voran.
Die SPD bekam Angst, auch die CDU, alle Etablierten.

Die Mieter mußten zum Vermieter.
Sie wurden gebeten, sie wurden beraten, sie wurden
gewarnt. Die Popo (politische Polizei) hatte mit
Ruhnau, Ruhnau hatte mit Eckström, Vorsitzender der
Wohnungsbaugesellschaft, konferiert.
Man hatte schon Befehle gegeben: kündigen.
Man nahm den Befehl zurück, man scheute den Staub
und die Gewerkschaft.

Wir bekamen väterlichen Rat: Seid nett zueinander !
Wir blieben nett.

Der Nikolaus kam, der Nikolaus Jürgensen.
Alle Jahre kommt er wieder nach Bergedorf.
Dort spricht er alle Jahre über die Steuern.
Er ist Fachmann für Steuerfragen und Angelegenheiten
der Post, wir sind keine Fachleute, aber wir wissen
wo die Steuern bleiben, auch warum.
Wir wissen wie die anderen mit Steuern umgehen.
Wir wissen auch wie sparsam andere mit dem Zahlen
der Steuern sind.

Wir kennen die Lohnerhöhungen, wir kennen die Erhöhungen
der Unternehmerprofite.
Damit es auch andere kennenlernen, hatten wir es
auf Plakate geschrieben.
Diese haben wir während der Veranstaltung hochgehalten.
Das mochte die SPD nicht, jedenfalls nicht der
Diskussionsleiter.

Wir wissen auch warum.

Der Nikolaus schwieg, wir hielten die Schilder.
Also wurde die Veranstaltung geschlossen.
Man drehte das Mikrophon ab, das Licht aus, holte
den Hausmeister.

Wir arbeiteten weiter, wir diskutierten, demonstrierten.

Die NPD hatte sich angekündigt.
Die Räume im Lichtwarkhaus hatte sie bekommen.
Wir nahmen den Kampf auf.
Wir druckten Flugblätter gegen den Faschismus, gegen
die NPD, gegen diejenigen, die den Faschisten Räume
geben.

Wir blieben allein, die SPD schwieg, auch die CDU
und FDP. Die Sache wurde peinlich.

Trick 17 : Das Lichtwarkhaus wurde gesperrt, die Decke war schadhaft, sie hätte herunterkommen können, auf die NPD.

Wir gingen trotzdem hin. Wir diskutierten, wir demonstrierten. Wir klärten über den Faschismus auf. Es standen ca. 200 APO Sympathisanten vor der Tür. Das Lichtwarkhaus bleibt gesperrt.

Wir arbeiten weiter, wir diskutieren, wir demonstrieren, gegen den Schah in Persien gegen den Faschismus in Griechenland und gegen den in Korea.

Wir errichteten einen Informationsstand. Sandwichmänner pendelten durch Bergedorf. Tausende von Flugblättern wurden verteilt. Wir trafen uns zur Demonstration und siehe, wir waren allein 50-60 aus Bergedorf.

Wieder kam ein Bundestagsabgeordneter der SPD. Diesmal der Apel, der dafür gesorgt hatte, daß die Mieten 1969 nur 20% erhöht werden dürfen. Wir wollten diesen Philantropen sehen.

Diesmal war die SPD gut vorbereitet. Massen an dicken Ordnern, dezent im Raum verteilt. Auch die Polizei war da, draußen im Nebenraum mit den guten Berliner Schutzhelmen.

Wir riefen dazwischen. Wir diskutierten wir stellten Fragen, immer die selben, weil wir keine Antwort erhielten. Wir meinten auch Bla Bla Bla Einer sollte den Saal verlassen. Die Oraner kamen, schlugen, zerrten uns hinaus.

Die Zeitung berichtet, schon nicht mehr so freundlich. Auch die Zeitung ist abhängig, von ihren Lesern zuweilen aber auch von ihren Inserenten. Früher hatte sie einen Sonderbericht von uns, den Räumen, der APO gebracht, mit Bildern sogar. Inzwischen sollten einige Leute angerufen haben, einflußreiche sicherlich, wir haben so etwas gehört.

So bringen wir eine eigene Zeitung, ohne Anzeigen woher sollen wir sie auch bekommen.

Dann kam das Kündigungsschreiben. einen Tag vor weihnachten. Man hat seine christliche Pflicht getan. Sie meinen, die Betriebsstörung behoben zu haben.

Peter Thormählen

Trotz alledem!

Generalsturm auf Spartakus! "Wieder mit den Spartakisten!" hault es durch die Gassen. "Packt sie, peitscht sie, stocht sie, schießt sie, spießt sie, trampelt sie nieder, reißt sie in Fetzen!" Greuel werden verübt, die jene belgischen Greuel deutscher Truppen in Schatten stellen.

"Spartakus niedergerungen!" jubiliert es von "Post" bis "Vorwärts".

"Spartakus niedergerungen!" Und die Säbel, Revolver und Karabiner der wiederhergestellten altpreußischen Polizei und die Entwaffnung der revolutionären Arbeiter wird seine Niederlage besiegeln. "Spartakus niedergerungen! Unter den Bejonetten des Oberst Reinhard, unter den Maschinengewehren und Kanonen des Generals Lüttwitz sollen die Wahlen zur Nationalversammlung vollzogen werden - ein Plebiszit für Napoleon-Ebert.

"Spartakus niedergerungen!"

Jawohl! Geschlagen wurden die revolutionären Arbeiter Berlins! Nieder gesetzt an die Hundert ihrer Besten! Jawohl! In Kerkern geworfen viele Hunderte ihrer Getreuesten!

Jawohl! Sie wurden geschlagen. Denn sie wurden verlassen von den Matrosen, von den Soldaten, von den Sicherheitsmannschaften, von der Volkswehr, auf deren Hilfe sie fest gebaut hatten. Und ihre Kraft wurde gelähmt durch Unentschlossenheit und Schwäche ihrer Leitung. Und die ungeheure gegenrevolutionäre Schlammschlucht aus den zurückgebliebenen Volksteilen und den besitzenden Klassen ersäufte sie.

Jawohl, sie wurden geschlagen. Und es war historisches Gebot, daß sie geschlagen wurden. Denn die Zeit war noch nicht reif. Und dennoch - der Kampf war unvermeidlich. Denn das Polizeipräsidium, dieses Palladium der Revolution, den Eugen Ernst und Hirsch kampflos preisgeben, wäre ehrlose Niederlage gewesen. Der Kampf war dem Proletariat aufgezwungen von der Ebert-Bande; und elementar brauste er aus den Berliner Massen hervor - über alle Zweifel und Bedenken hinweg.

Jawohl! Die revolutionären Arbeiter Berlins wurden geschlagen. Und die Ebert-Scheidemann-Noske haben gesiegt. Sie haben gesiegt, denn die Generalität, die Bürokratie, die Junker von Schlot und Kraut, die Pfaffen und die Geldsäcke; und alles was ungründlich, beschränkt, rückständig ist, stand bei ihnen und siegte für sie mit Kartätschen, Gasbomben und Minenwerfern. Aber es gibt Niederlagen, die Siege sind; und Siege, verhängnisvoller als Niederlagen.

Die Besiegten der blutigen Januarwoche, sie haben ruhmvoll bestanden; sie haben um Großes gestritten, ums edelste Ziel der leidenden Menschheit, um geistige und materielle Erlösung der darbenenden Massen; sie haben um Heiliges Blut vergossen, das so geheiligt wurde. Und aus jedem Tropfen dieses Blutes, dieser Drachensaat für die Siege von heute, werden den Gefallenen Rächer erstehen, aus jeder zerfetzten Faser neue Kämpfer der hohen Sache, die ewig ist und unvergänglich wie das Firmament.

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein. Denn die Niederlage ist ihre Lehre. Noch entbehrt ja das deutsche Proletariat der revolutionären Überlieferung und Erfahrung. Und nicht anders, als in tastenden Versuchen, in jugendhaften Irrtümern, in schmerzlichen Rückschlägen und Mißerfolgen kann es die praktische Schulung gewinnen, die den künftigen Erfolg gewährleistet.

Für die lebendigen Urkräfte der sozialen Revolution, deren unaufhaltsames Wachstum das Naturgesetz der Gesellschaftsentwicklung ist, bedeutet Niederlage Aufpeitschung. Und über Niederlage und Niederlage führt der Weg zum Siege.

Der Sieger aber von heute ?

Für eine ruchlose Sache verrichteten sie ihre ruchlose Blutarbeit. Für die Mächte der Vergangenheit, für die Todfeinde des Proletariats.

Und sie sind schon heute unterlegen! Denn sie sind schon heute Gefangene derer, die sie als Werkzeuge zu gebrauchen dachten, und deren Werkzeuge sie seit je waren.

Noch geben sie der Firma den Namen. Aber nur eine kurze Galgenfrist bleibt ihnen.

Schon stehen sie am Pranger der Geschichte. Nie waren solche Judasse in der Welt wie sie, die nicht nur ihr Heiligstes verrieten, sondern auch mit eigenen Händen ans Kreuz schlugen. Wie die offizielle deutsche Sozialdemokratie im August tiefer sank als jede andere, so bietet sie jetzt, beim Morgengrauen der sozialen Revolution, das abscheuerregendste Bild.

Glockengeläute rief zur Schlächtere; Musik und Tüchenschwenken, Siegesjubiläum der vom "bolschewistischen Schrecken" geretteten Kapitalisten feiert die rettende Soldateska. Noch raucht das Pulver, noch schwelt der Brand des Arbeitermordes, noch liegen die getöteten, noch die verwundeten Proletarier, da halten sie Parade über die Mördertruppen, aufgebläht im Siegesstolze, die

Ebert, Scheidemann und Noske . . .

Drachensaat !

Nieder mit den Arbeitermördern Ebert-Scheidemann-Noske !

Die Geschlagenen von heute, sie haben gelernt. Sie sind geheilt vom Wahne, ihr Heil in der Hilfe verworrener Truppenmassen finden zu können; geheilt vom Wahne, sich auf Führer verlassen zu können, die sich kraftlos und unfähig erwiesen; geheilt vom Glauben an die Unabhängige Sozialdemokratie, die sie schnöde im Stich ließ.

Nur auf sich selbst gestellt, werden sie ihre künftigen Schlachten schlagen, ihre künftigen Siege erfechten. Und das Wort, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das eigene Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, es hat die bittere Lehre dieser Woche eine neue tiefere Bedeutung für sie gewonnen.

Und auch jene irreführten Soldaten werden bald genug erkennen, welches Spiel mit ihnen getrieben wird, wenn sie die Knute des wiederhergestellten Militarismus von neuem über sich fühlen; auch sie werden erwachen aus dem Rausch, der sie heute umfängt.

"Spartakus niedergedrückt!"

O Gemach! Wir sind nicht geflohen, wir sind nicht geschlagen. Und wenn sie uns in Bande werfen - wir sind da und wir bleiben da!

Denn Spartakus - das heißt Feuer und Geist, das heißt Seele und Herz, das heißt Wille und Tat der Revolution des Proletariats. Und Spartakus - das heißt alle Not und Glücksehnsucht, alle Kampfesentschlossenheit des klassenbewußten Proletariats. Denn Spartakus, das heißt Sozialismus und Weltrevolution.

Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet - aber der Tag der Erlösung naht. Der Tag des Gerichts für die Ebert-Scheidemann-Noske und für die kapitalistischen Machthaber, die sich noch heute hinter ihnen verstecken. Himmelhoch schlagen die Wogen der Ereignisse - wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel.

Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird - leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen.

Trotz alledem !

(Dieser letzte Artikel von Karl Liebknecht erschien am 15. Januar 1919 in " Die Rote Fahne ")

Vor 50 Jahren entfesselten die Hüter der "Ordnung", die Ebert-Scheidemann-Noske im Bündnis mit der kaiserlichen Armee und allen reaktionären Kräften des Reiches eine Treibjagd auf ihre ehemaligen Parteigenossen, auf die Mitglieder des Spartakusbundes, auf diejenigen, die in der SPD jahrzehntelang für die Interessen der Arbeiter gekämpft hatten.

Es waren vor allem Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die von ersten bis zum letzten Augenblick im Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus, gegen die Kriegspolitik des Kaiserreiches ihr Leben einsetzten, die jahrelange Gefängnisstrafen auf sich nahmen und die sich nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches konsequent für die Errichtung eines demokratisch sozialistischen Staates aussprachen.

Dafür wurden sie verfolgt, gehetzt, verhaftet und schließlich ermordet, und zwar von den Soldaten, die auf Anordnung der Ebert-Scheidemann-Noske für "Ruhe und Ordnung" sorgten.

"Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!" Das waren die Worte des Sozialdemokraten Gustav Noske, der als Reichswehrminister die Verfolgung der Linken organisierte, der schon 1907 eine Beteiligung der Sozialdemokraten an der Wehrpolitik des Reiches forderte, der sich als Fachmann für koloniale Fragen für eine sozialdemokratische Kolonialpolitik aussprach, der sich rühmte, keine Ahnung von der sozialistischen Theorie zu haben und der nach eigener Aussage "Spengers Ideen vom Preußentum und Sozialismus im Blute hatte".

Oder nehmen wir Ebert. Er haßte "die soziale Revolution wie die Sünde". Er starb aus Gram darüber, daß man ihm vorwarf, er habe 1918 mit seinem Eintreten in das Streikkomitee der Munitionsarbeiter das "Vaterland" (der Junker und Kriegsgewinnler) verraten. Dabei hatte er doch lediglich die Absicht gehabt, den Streik der Arbeiter abzuwiegeln, damit die Waffenproduktion ungehindert fortgesetzt werden konnte.

Oder nehmen wir den eitlen Schwätzer Scheidemann, für den die SPD heute eine Gedenktafel in Berlin errichten möchte. Am 9. November mußten ihn die Arbeiter aus der Kantine des Reichstagsgebäudes zerren, damit er die Republik ausrufen sollte. Er tat es dann auch nur, weil Karl Liebknecht vor dem Schloß die Räterepublik ausrief.

Dieser Opportunist Scheidemann, für den es nichts Schöneres gab als mit den Vertretern des Kaiserreiches zu tafeln oder hinter den Kulissen in trauten Kreise der Reaktionäre zu mauscheln, beschimpfte und verleumdete

die Mitglieder des Spartakusbundes: "Verbrecher und Plünderer sind nicht meine Brüder. ... Die Scharen von Spartakus sind ein seltsames Gemisch. An ihrer Spitze stehen und standen zum Teil Personen, die von einer politischen Wahnidee verblendet sind und waren."

Für Scheidemann mußte die Veränderung der Gesellschaftsordnung eine Wahnidee sein. Die Krise des Imperialismus hatte diese Figur ins Rampenlicht geschoben. Da fühlte er sich wohl. Seinem beschränkten Horizont - das haben ihm sogar die bürgerlichen Historiker nachgesagt - mußte die Theorie des Sozialismus verborgen bleiben. In der Praxis hat er sich immer nur auf die Seite der Mehrheit gestellt.

Es wäre sicherlich nicht richtig zu behaupten, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht seien auf Veranlassung der Ebert-Scheidemann-Noske ect. ermordet worden, aber sie können die Verantwortung für diese Tat nicht abstreiten. Sie hatten schließlich die Regierungsgewalt, sie organisierten die Verfolgung der Linken, sie schlossen das Bündnis mit der kaiserlichen Armee, und so ungelegen kam ihnen der Tod der beiden Revolutionäre auch wieder nicht.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hatten keinen geringen Einfluß auf die Arbeiter. Die Massen hatten erkannt oder konnten erkennen, wer eigentlich seit jeher die Interessen des Proletariats wahrgenommen hatte. Die rechten Sozialdemokraten hatten es immer schwerer, sich als die Vertreter der arbeitenden Massen aufzuspielen.

Es war den Arbeitern bekannt, wer sowohl vor dem Weltkrieg als auch besonders während des Krieges in aller Entschiedenheit diejenigen Kräfte bekämpfte, die das Volk ausbeuteten und die auch die Verantwortung für Krieg und Zusammenbruch trugen.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sind mit den Ausbeutern nie Kompromisse eingegangen. Sie bekämpften seit Jahrzehnten jeden Revisionismus, Reformismus oder Opportunismus auf das schärfste.

Rosa Luxemburg gehörte neben Karl Kautzky und W.I. Lenin zu den anerkannten Theoretikern der II. Internationale.

In ihren Schriften und auch in den Reden auf den Parteitagen und in der Öffentlichkeit führte sie eine jahrelange Auseinandersetzung mit den Revisionisten und Reformisten, mit den Apparatschiks der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie.

Bereits mit ihrer ersten größeren Schrift "Sozialreform oder Revolution", verfaßt 1897/98, wandte sie sich gegen die Bestrebungen Bernsteins und anderer, die Sozialdemokratische Partei auf das Niveau einer liberalen Fortschrittspartei herabzudrücken. Sie trug so mit dazu bei, daß die SPD vorerst eine selbständige Klassenorganisation blieb.

Bernstein hatte den bis in unsere heutigen Tage vergeblichen Versuch unternommen, den von Marx vorausgesagten Entwicklungsgang einer kapitalistischen Gesellschaft in Frage zu stellen, diesen Versuch, den alle Sozialdemokraten immer wiederholen, wenn sich die kapitalistische Produktion in einer augenblicklichen Konjunktur befindet. Dann schwärmen sie von der grenzenlosen Entwicklung des kapitalistischen Systems, von der Krisenfestigkeit, von der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Doch dann erscheinen eines Tages wieder die Krisen, die Konjunkturrückgänge, die politische Krise, die faschistische Bewegung und alle Widersprüche werden für jedermann deutlich. Nur die Ursachen werden diesen Sozialdemokraten nicht klar oder sie wollen sie nicht erkennen.

Es entwickelt sich alles erstaunlicherweise genauso, wie es die marxistischen Theoretiker voraussagten. Bereits zur Jahrhundertwende analysierte Rosa Luxemburg den Widerspruch zwischen der Expansionsfähigkeit der Produktion und der beschränkten Konsumtionsfähigkeit des Marktes, die Interessenkonflikte der nationalen Wirtschaften untereinander und die daraus sich entwickelnden politischen und militärischen Auseinandersetzungen.

Mit dialektischer Einsicht in das Verhältnis von subjektivem und objektivem Faktor im Geschichtsprozeß wies Rosa Luxemburg in ihrem Artikel "Miliz und Militarismus" darauf hin, daß die objektive Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft der proletarischen Emanzipationsbewegung bloß die Bedingungen zur Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft in eine höhere Entwicklungsstufe in die Hand gibt, daß aber ohne zielbewußtes Eingreifen, ohne den politischen Kampf der Arbeiterklasse für die sozialistische Umwälzung, der Sozialismus nie erreicht wird.

In der "Juniusbroschüre" arbeitete Rosa Luxemburg die wirtschaftlichen und politischen Ursachen heraus, die zum Ausbruch des 1. Weltkrieges geführt hatten. Während die bürgerlichen Jahrzehnte von den Pistolenschüssen in Sarajewo faselten, von dem Hineinschlittern aus Versehen, von der Nachlässigkeit, den Rückversicherungsvertrag mit Rußland nicht erneuert zu haben, konnte Rosa Luxemburg schon im ersten Jahr des Krieges zu Ergebnissen kommen, die von einigen bürgerlichen Historikern erst nach 60 Jahren hervorgebracht wurden, allerdings nicht einmal heute Allgemeingut der reaktionären bürgerlichen Forschung sind:

Andere bürgerliche Gerüchte halten sich noch länger. Die Weimarer Republik wäre von den linken und rechten Extremisten zerstört worden, einfach so, weil diese Leute wahrscheinlich eine große Lust zur Zerstörung fühlten.

Beim Aufbau eines demokratisch sozialistischen Staates wären die alten reaktionären Kräfte, die die Weimarer Republik von Anfang an bekämpften, in der Versenkung geblieben, aus der sie von den rechten Sozialdemokraten nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches ja wieder herausgeholt worden sind. Sie wurden von den Sozialdemokraten an der Regierungsgewalt beteiligt, man ließ sie gewähren bis sie sich wieder soweit erholt hatten, daß sie die Nachtmützen der Sozialdemokratie 1933 auf Rente setzten, so Noske, der sich die Rente im Dienste der Reaktion wohl auch redlich erarbeitet hatte.

Die Revolutionäre Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verfolgte man aber über ihren Tod hinaus. Man zerstörte ihr Denkmal in Berlin 1934. So fürchteten die Faschisten die Feinde des Militarismus und Imperialismus.

Es war besonders Karl Liebknecht, der zeit seines Lebens gegen den deutschen Militarismus und Imperialismus gekämpft hatte.

1907 verfaßte er seine Schrift "Militarismus und Antimilitarismus", in der er die innen- und außenpolitischen Aufgaben des preußischen Militärs klar analysierte.

Für Liebknecht war das Militär eine Organisation der herrschenden Klasse wie die Justiz, die Schule und die Kirche. Aufgabe des Militärs ist es, die Ordnung der Herrschenden aufrechtzuerhalten und jede freiheitliche Regung der Unterdrückten mit Waffengewalt im Keime zu ersticken.

Nach außen unterstützt das Militär die Expansion des Kapitals mit ihren Bajonetten und sichert den Ausbeutern ihre Rohstoffquellen und Absatzmärkte. Außerdem garantiert die Rüstung die Profite des Großkapitals.

Für Liebknecht konnte es keinen Unterschied zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg geben, denn in einem Krieg der imperialistischen Staaten ist es für das Proletariat vollkommen gleichgültig, welcher dieser Staaten den ersten Schuß abgegeben hat. Kriege entwickeln sich aus den objektiven Widersprüchen der imperialistischen Staaten. Für das Proletariat steht "der Feind im eigenen Land", der Feind ist die ausbeutende herrschende Klasse.

Weil Liebknecht die Funktionen des preußischen Militärs klar entlarvte, wurde er von der Klassenjustiz verurteilt und eingesperrt. Weil er den Widerstand gegen den imperialistischen Krieg organisierte, wurde er 1916 in Festungshaft genommen. Weil er den feigen Verrat der Ebert-Scheidemann-Noske durchschaute, ihre Bütteldienste für die Reaktion offen anprangerte, die soziale Revolution vorantrieb, weil sein Einfluß bei den Massen wuchs, mußte er sterben.

Was hat sich bis heute geändert?

Wer sind heute die Ebert-Scheidemann-Noske?

Alfred Drockmann

Der Weg der SPD ins Lager der Reaktion, der mit dem Eintritt in die große Koalition vorläufig abgeschlossen ist, steht unmittelbar im Zusammenhang mit den ersten Nachkriegsereignissen in Deutschland. Der frühe Verzicht Schumachers und seiner Genossen auf die Einheit der Arbeiterklasse (organisatorisch ausgedrückt im Bündnis von SPD und KPD) ließ die Kräfte der Reaktion und Restauration erstarken. Mit den Parolen "christlich", "sozial", "demokratisch" und vor allem mit dem Anspruch "Volkspartei zu sein" (was unmittelbar an den vom Faschismus geprägten völkischen Bewußtseinsstand der Massen anknüpfte) hatten die bürgerlichen Parteien voran CDU/CSU - die bessere Ausgangsposition gegenüber dem Verbalsozialismus der SPD. Diese Parteien erschienen dem westdeutschen Großkapital vertrauenswürdiger als eine SPD, deren reaktionäre Führung zwar früh zur Kollaboration (was im SPD-Jargon "Mittregem von Verantwortung" heißt) bereit war, deren Mitglieder aber größtenteils die Restauration eines kapitalistischen Systems in Deutschland ablehnten.

Nachdem die SPD die Einheit der Arbeiterklasse und damit die Einheit Deutschlands verspielt hatte, sah sie sich plötzlich in der Opposition und im Zeichen des kalten Krieges als Volksfeind verketzert. Die Opposition der SPD blieb zwangsläufig loyal, doch um am großen Kuchen westdeutscher Politik mitessen zu können, mußte man mehr tun, im SPD-Jargon "Abwerfen von ideologischem Ballast" genannt. Die SPD wollte sich von nun an nur noch taktisch von der CDU unterscheiden, sie wollte ebenfalls Volkspartei sein. Dazu Wolfgang Abendroth in seiner "Sozialgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung" (S. 182): "Die SPD wirkte einer solchen Propaganda seit 1953 nicht mehr entgegen, sondern begann nach der verlorenen Bundestagswahl dieses Jahres, sich ihr anzupassen. Indem die SPD den Stimmungen einer Wohlstandsgesellschaft nachgibt, verhindert sie, daß die Arbeiter ihre

objektive Lage erkennen: eine von den Eigentümern der Produktionsmittel abhängige Klasse zu sein. In einer Zeit, in der fast 80% der berufstätigen Bevölkerung Arbeitnehmer sind, will die SPD nicht eine Arbeiter- sondern eine Volkspartei sein."

Die theoretische Grundlage dieser Politik, deren Auswirkungen das Bündnis mit der reaktionären CDU/CSU ist, wurde im Godesberger Programm von 1959 geschaffen. Interessant ist das Selbstverständnis der SPD. Dazu Willi Eichler, der maßgeblich daran beteiligt war: "Es (das Godesberger Programm) bringt Theorie und Praxis widerspruchslos zusammen, trennt klar die Ziele und Wege und gibt somit der Strategie und der politischen Praxis des Tages eine Fundierung in den Grundwerten."

Stellen wir einmal Theorie und Praxis gegenüber: in einer SPD-Broschüre, die sich grosspurig "Die Alternative unserer Zeit" nennt, findet man folgenden Satz: "Der demokratische Sozialismus zeigt einen Entwicklungsprozess ohne Blut und Tränen, der von einer ständigen Ausweitung der demokratischen Freiheiten begleitet ist".

Ohne Blut und Tränen dürfte reichlich übertrieben sein, eingegeben der Polizeimassaker, die 1957/58 in SPD-regierten Ländern stattfanden; und von Ausweitung der demokratischen Freiheiten zu sprechen, ist eine unverschämte Lüge angesichts der Wiederbewaffnung, der Notstandsgesetze, und der geplanten Schutzhaftbestimmungen, um nur einige antidemokratische Entscheidungen der SPD zu nennen.

"Der demokratische Sozialismus ruft alle Menschen zur bedingungslosen Inanspruchnahme ihrer demokratischen Freiheitsrechte auf!" Ein großes Wort, aber sind damit nur die Brüder und Schwestern in der DDR gemeint, sondern auch die APO? Wir werden Ruhnau bei der nächsten Demonstration daran erinnern. Überhaupt taucht der Begriff "Freiheit" immer nur in der Verbindung "freier Markt", "freie Unternehmerinitiative", "freier Wettbewerb" auf. Damit hat man dem Begriff seinen sozialen und ökonomischen Hintergrund geraubt, den Sozialismus pervertiert in eine Verteidigung der bestehenden unmenschlichen Verhältnisse. Wenn man den Widerspruch zwischen

Produktionsverhältnissen und Produktionskräften nicht als grundlegende Bedingung für die herrschende Unfreiheit erkennt, ist alles Gerede vom Sozialismus nichts weiter als Demagogie; man bekämpft Auswüchse des Kapitalismus aber nicht ihn selbst. "Die reaktionären Mächte in der kapitalistischen Welt" will man zurückdrängen, die Macht der Monopole beschneiden, um mehr Gerechtigkeit auf der Verteilungsebene zu schaffen. Ungeachtet dessen bleibt der Grundwiderspruch auf der Produktionsebene bestehen.

Will die SPD heute Volkspartei sein und hat auch ihre Führung sich auch noch so weit von den Arbeitern entfernt, so braucht sie doch deren Stimmen. Objektiv ist es so, daß die Masse der Arbeiter die SPD aufgrund ihrer langen Tradition in der Arbeiterbewegung immernoch als ihre Partei erkennt, und die SPD-Führung versucht weiterhin ihnen vorzugaukeln, man vertrete ihre Interessen. Besonders peinlich muß es daher für Brandt, Wehner und Schmidt sein, daß es heute eine außerparlamentarische Opposition gibt, die die objektiven Interessen der Lohnabhängigen vertritt und die historische Rolle der SPD im Restorationsprozess der BRD entlarvt. Im gleichen Zuge regt sich auch wieder Opposition innerhalb der Partei, zum Beispiel in Hessen, in vielen Kreis- und Landesverbänden und besonders bei den Jungsozialisten. Man half sich in der Vergangenheit mit Ausschlüssen prominenter Mitglieder, wie Abendroth und Neuss, oder ganzer Verbände, wie dem SDS; heute verstärkt man die Parteidisziplin und sperrt sich gegen die Aufnahme linker Studenten, Arbeiter und Schüler. Laden die Jungsozialisten ein APO-Mitglied zu einem Referat ein, macht Ruhrau diese Einladung höchstpersönlich rückgängig, der APO kündigt man die Räume, und wenn das nichts hilft, verprügelt man sie halt.

Herbert Wehner, ehemals ZK-Mitglied der KPD und als stalinistischer Organisator erfahren, führte die Partei geradewegs in ein Bündnis Strauß und Großkapital, Karl Schiller, der große Verschleierer, versucht seine Unternehmerrfreundliche Politik durch schönklingende Fremdwörter zu vertuschen, Willi Brandt repräsentiert die geläuterte Partei, macht eine neue alte Ostpolitik und renomiert mit seinem ungezogenen Söhnen. Helmut Schmidt ver-

sucht als Handlanger und Genosse R.M. Berzeks den Burgfrieden mit dem Partner und innerhalb der eigenen Fraktion zu erhalten, und schließlich versucht man noch den aufrechten Demokraten und braven Antimilitaristen Heinemann den Repräsentationsposten zuzuschieben, der diesem Staat einen demokratischen Anstrich geben soll.

Dies ist das Gesicht einer Partei, die bereits zweimal, 1918 und 1945, den Neuaufbau Deutschlands torpedierte, die die Hoffnungen vieler getragen hatte, aber nun endgültig ins Lager der Reaktion gewandert ist. Sie hat heute den Charakter einer CDU-Ausgabe für Arbeiter. Für viele alte SPD-Genossen heißt es in diesem Jahr, Abschied nehmen von einer Illusion.

Ein SPD-Genosse erzählte mir kürzlich, sein Parteibuch habe besonders gut gebrannt.

Bodo Levin

Mieterhöhung bis 1970 nur 20 Prozent

Eine Schlagzeile ging durch die Hamburger Presse (Morgenpost), Hamburger Mieter haben das große Los gezogen.

Die SPD hat eine nur 20%ige Mieterhöhung bis 1970 für ihr treues Wählerpotential, den Arbeitnehmer, erkämpft. Uns Arbeitnehmer mutet diese nur 20% Erhöhung wie eine Verhöhnung und Unverschämtheit an.

Bei einer Durchschnittsmiete von 180,- DM sind 20% doch allerhand Geld. Wenn man aber gleichzeitig bedenkt, daß der Akkordtarif der Maurer um 10-15% gesenkt wurde, und zwar bei den Handwerkern, die den größten Lohnfaktor beim Hausbau haben, dann wäre eine Mietsenkung wohl logischer.

Anders bei uns in der kapitalistischen Bundesrepublik. Hier bereichern sich die Reichen immer mehr an den Arbeitnehmern. Die SPD dagegen macht für die Kapitalisten Handlangerdienste und verkauft die nur 20%ige Mieterhöhung als ihren großen Erfolg.

Wer, wenn nicht das Kapital, hat Interesse daran, daß die Mieten und damit auch die Haus- und Grundstückspreise steigen und wie kamen diese Ausbeutungsgesetze

1. Mieterschutzgesetz
2. Wohnraumbewirtschaftungsgesetz
3. Gesetz über Mietpreisbildung

zustande.

Worin besteht das Wesen der Lücke-Gesetze oder-populärer-der "weißen Kreise"? Dieses Gesetzeswerk ist ein ausgesprochenes Interessenwerk. Haupttriebkraft war der Zentralverband der Haus- und Grundbesitzervereine unter ihrem Präses Preusker, ehemaliger Minister der CDU. Vor allem dem großen Haus- und Grundbesitz gelüstete es danach, an dem allgemeinen Ansteigen der Profite in der Wirtschaft teilzuhaben und sich von den hemmenden Fesseln des Mieterschutzes und der Preisbindung zu befreien. Es kam dem großen Haus- und Grundbesitz - den kleinen im Schlepptau- darauf an, im "freien Spiel der Kräfte" in der "freien und sozialen Marktwirtschaft" Erhard'scher Prägung sein Scherflein ins Trockene zu bringen. Der Staat unter der Herrschaft der CDU, Brandt, Wehner, Schmidt und Schiller hatte ebenfalls ein Interesse daran.

Eine Politik "Kanonen und Butter" geht nun mal eben nicht. So zog sich der Staat aus der überaus wichtigen Gemeinschaftsaufgabe "Wohnungswesen", die ja allerhand Geld verschlingt, zurück. Und ein bißchen Unruhe unter der Bevölkerung kann auch nicht schaden, da sie ablenkt vom wahren Inhalt der Bonner Politik. Solange der Mieter sich mit seinem Hauswirt herumargert, kümmert er sich vielleicht nicht um abgestürzte Starfighter oder um zu Millionen unbrauchbar gewordener Munition.

Was kommt nach 1970? - Wird dann für uns eine nur 50% Mieterhöhung erfolgen, die die SPD für uns in Hamburg erkämpft? Wehren wir uns gegen eine solche Verschleierung und gegen diese neuen Ausbildungsgesetze!

Peter Thormählen

Die bundesrepublikanische Rechtsordnung hat die Funktion, den Zustand der spätkapitalistischen Gesellschaftsordnung zu stabilisieren und zu zementieren. Die entsprechenden Gesetze (z.B. Straf-Gesetzbuch und Versammlungsgesetz) sind Produkte aus der antidemokratischen Bismarck - Zeit. Damals ging es darum, die Arbeiterklasse mit allen Mitteln zu beherrschen. Als die Gesetzeskraft nicht mehr ausreichte, wurde die Reichswehr eingesetzt - - - -

Für die außerparlamentarische Arbeit stellen sich uns die Fragen nach der Legalität (Gesetz) und Legitimität (Recht). wie wenig deckungsgleich Gesetz und Recht sind, zeigen die laufenden Prozesse gegen Demonstranten, die es als legitim erachteten, z.B. Ostern 68 spontan, unangemeldet mit (symbolischer) demonstrativer Gewalt gegen den Springerkonzern zu demonstrieren.

Die Justiz, die System gerechterweise eine Klassenjustiz ist, prüft i.a. nur die äußeren Tatbestände, d.h. sie prüft was legal ist, wobei sie von der größtmöglichen Übereinstimmung von Gesetz und Recht ausgeht (" Es gibt keinen Dualismus von Gesetz und Recht," Maurz - Dörig, Grundgesetz Kommentar).

Wir werden also Geurteilt und verurteilt danach, was die autoritären Herrschaftsstrukturen gefährdet. Da nun jedes radikal-demokratische, antiautoritäre, sozialistische Verhalten eine Gefahr für den antidemokratischen Herrschaftsapparat darstellt, wird man immer eine Rechtsnorm finden, mit deren Hilfe man ans disziplinieren kann. ---

Am Häufigsten "begründen" folgende Paragraphen des StGB Verurteilungen von Demonstranten u.ä.:

- § 95 (Verunglimpfung des Bundespräsidenten)
- § 96 (Beschimpfung der BRD usw.)
- § 104 (Entfernung ausländischer Flaggen)
- § 105 (Parlamentssprengung)
- § 106 a (Bannkreisverletzung)
- § 109 c (Verleitung zur Fahnenflucht)
- § 109 d (Verleumdung der Bundeswehr)
- § 110 (Aufforderung zum Ungehorsam)
- § 111 (Aufforderung zu strafbaren Handlungen)
- § 113 (Widerstand gegen die Staatsgewalt)
- § 115 (Aufruhr)
- § 115 Abs. II (Radelführerei - bis zu 10 Jahren Zuchthaus)
- § 116 (Auflauf)
- § 123 (Hausfriedensbruch)
- § 124 (schwerer Hausfriedensbruch)
- § 125 (Landesfriedensbruch)
- § 134 (Beschädigung amtlicher Bekanntmachungen)
- § 166 (Gotteslasterung)
- § 167 (Störung des Gottesdienstes)
- § 185 (Beleidigung)
- § 186 (üble Nachrede)
- § 187 (Verleumdung)
- § 187 a (politische üble Nachrede)
- § 303 (einfache Sachbeschädigung)
- § 304 (Beschädigung öffentlicher Sachen)
- § 140 (moralische Unterstützung von Sprengstoffdelikten.)

10

Aufschlußreich ist das Versammlungsgesetz aus dem Jahre 1953. Es wurden die Prinzipien des entsprechenden Gesetzes des preußischen Innenministers aus der 2. Hälfte des vorigen Jahrhunderts übernommen.

Nach § 14 Abs. II des Versammlungsgesetzes ist eine öffentliche Versammlung im Freien spätestens 48 Stunden vorher der entsprechenden Behörde bekanntzugeben. Dieser stehen nach § 15 des Versammlungsgesetzes bei unmittelbarer Gefahr für die "öffentliche Ordnung oder Sicherheit" verschiedene Möglichkeiten zu, auf die Versammlung einzuwirken. ---

Es geschah des öfteren, daß Demonstrationen in dunkle Nebenstraßen ~~umgeleitet~~ umgeleitet wurden. Als Grund wurden dafür verkehrstechnische Gründe angeführt. Der Ermessensspielraum wann dem Verkehrsfluß zugunsten der Versammlung (Demonstration) Vorrang gegeben werden müsse, ist weit.

Ausgenommen von der Anmeldepflicht sind nach § 17 des Versammlungsgesetzes "Gottesdienste unter freiem Himmel, Kirchliche Prozessionen, Bittgänge und wallfahrten, gewöhnliche Leichenbegangnisse, Züge von Hochzeitsgesellschaften und hergebrachte Volksfeste." Derartige Veranstaltungen können natürlich auch innerhalb der Bannmeile abgehalten werden. (§ 17)

An dieser Stelle tritt der repressive Charakter der Rechtsordnung offen zu Tage. Anscheinend behindern Prozessionen und Volksfeste in zumutbarerweise den Verkehr (in Süddeutschland Fronleichnamsprozessionen z.B.!) nicht.

Es wird deutlich, daß auch dieses Gesetz die Funktion hat, die politische Betätigung und Willensbildung der Massen zu unterjochen. Folglich ist den Herrschenden bewußt, daß die politisch-demokratische Willensbildung des Volkes eine "unmittelbare Gefahr für die öffentliche Ordnung oder Sicherheit" darstellt. Die "öffentliche Ordnung oder Sicherheit" bedeutet aber nichts anderes als die Konsolidierung der antidemokratischen, autoritären, repressiven Herrschaftsverhältnisse in diesem Land.

"Die Rolle der Justiz wird allerdings immer die der Verteidigung des Bestehenden sein."
(R. Schmid in "Justiz der Bundesrepublik," 1967 S.36)

Zur weiteren Information:

Versammlungs-Gesetz: § 2, 3, 5 Ziffer 3, 6, 9, 10, 11,
13 Ziffer 2, 4, 21.

A.

rot
rot ist tot
ist auch tot
und links
ist tot
und rot

linker
ist links
töter
ist . . .
tot ist auch ...
und rot
ist tot

und links
ist linker
als links
und kotzt
auf tot

rot
ist linker
und töter
und --
linker
auf röter
ist dunkelrot
und schöner
aber töter
als links

und rot
aber linker
stinkt
rot
schön rot
und tot
und röter
aber töter
und stinker
als . . .

kotzig
und stinkig
und rot
und tot
aber linker
als links

und rot
rot
ist tot

KOTZT !

Rot ist schön
STINKER.

Peter Fischbach

Am 21. Dezember veröffentlichte die "BZ" Leserbriefe und Presseerklärung der APO zur vorhergegangenen SPD-Veranstaltung mit MdB Apel. So wenig wie sie Apels bemerkenswerte Äußerungen zur Nato und deren "Verhältnis" zu Griechenland veröffentlichte - sie wußte warum - so wenig konnte sie natürlich dann die entsprechenden Teile in den Stellungnahmen abdrucken.

Der betreffende Absatz lautete:

"Das griechische Militärregime mit all seinen brutalen und diktatorischen Eigenschaften muß die Nato nach Herrn Apel in Kauf nehmen, da Griechenland sowohl "strategisch als auch militärisch" für die Nato wichtig sei. Die Nato hat es sich aber vertraglich zur Aufgabe und zum Ziel gemacht, "die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die sich auf die Grundsätze der Demokratie, der individuellen Freiheit und der Herrschaft des Rechts gründet, zu verteidigen" (2. Satz der Präambel des Atlantikpaktvertrages).

Jeder Nato-Staat ist "strategisch und militärisch" für dieses imperialistische US-Machtinstrument relevant. Bei einem westdeutschen "Polizeistaat unter der Führung von Strauß, Stoltenberg, Thadden" (Prof. O. Flechtheim in Frankf. Rundschau vom 18. Dez. 1968) würde die Nato folgerichtig nach Apel auch nichts unternehmen - würde die Nato konsequenterweise sogar noch wohlwollend auf die kleinen Hitler - Franco - Salazar - Pattakos - Epigonen schauen, wenn diese BRD-Diktatur ihre "militärische und strategische" Bedeutung für die Nato stärken würde."

Es gilt jetzt und in der Zukunft zu prüfen und darauf zu achten, ob die "BZ" diesen Zurückintegrierungs-Versuch in den einheitsdeutschen Blätterwald "aus Versehen" oder bewußt getan hat. Die nächsten Aktionen werden es beweisen

a.p.

V e r a n s t a l t u n g e n

Sonnabend, d. 11. Jan. 1969, 16.00 Uhr

Seminar Luxemburg-Liebkecht mit den Themen:

" Sozialreform oder Revolution "

" Perspektiven der SPD zum Über-
gang in die siebziger Jahre "

Montag, d. 13. Jan. 1969, 19.30 Uhr

Seminar Luxemburg-Liebkecht mit den Themen:

" Militarismus - Antimilitarismus "
(Karl Liebkecht)

" Wehrpolitik der SPD "
(Helmut Schmidt - Angriff und Vergeltung)

Sonnabend, d. 11. Jan. gegen 20.00 Uhr

Große Seite

Alle Veranstaltungen finden im DEMOKRATISCHEN ZENTRUM,
Kirchwerder Landweg 2, in der alten Schule, statt.